



Resolution:

**„Agrarpolitik 2020“ –
10-Punkte-Programm der CVP**

Verabschiedet vom Parteipräsidium der CVP Schweiz am 7. Mai 2010 in Bern

1. Agrarpolitik des Bundesrates

Die CVP steht grundsätzlich hinter der Agrarpolitik des Bundesrates. Insbesondere begrüsst die CVP

- die nachhaltige Grundausrichtung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik gemäss Art. 104 der Bundesverfassung;
- die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Bäuerinnen und Bauern (Versorgungssicherheit, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Pflege der Kulturlandschaft, dezentrale Besiedlung des Landes) durch Direktzahlungen;
- die Initiative für eine Qualitätsstrategie für die Schweizer Landwirtschaft vor dem Hintergrund sich international öffnender Märkte (auf den internationalen Märkten haben die Schweizer Produkte nur Chancen, wenn weiterhin auf eine hohe Qualität gesetzt wird);
- die Bereitschaft, im Sinne eines nachhaltigen und sozial verträglichen Strukturwandels eine beträchtliche staatliche Reserve zur Finanzierung von allenfalls notwendigen Begleitmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft zu bilden (09.022, Landwirtschaftsgesetz. Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen);
- die Massnahmen zur Stabilisierung bzw. Entlastung des Milchmarktes (z.B. Allgemeinverbindlicherklärung des von der Branche erarbeiteten Mengenregimes, Nachtragskredite im Jahr 2009).

Wenig Verständnis hat die CVP hingegen dafür, dass der Bundesrat

- die Verhandlungen für ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU unabhängig von einem möglichen WTO-Abschluss prioritär vorangetrieben hat;
- sich im Rahmen der WTO zu wenig gegen die verheerenden Vorschläge im Bereich der Landwirtschaft gewehrt hat (ein massiver Abbau des Grenzschutzes hat gravierende Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Einkommen).

2. Leistungsausweis der CVP

Die CVP hat sich in den letzten Jahren stark für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft eingesetzt. So hat sie insbesondere

- die Agrarpolitik 2011, allen voran die Umlagerung von Marktstützungsmitteln in Direktzahlungen, als einzige Fraktion geschlossen unterstützt und der Vorlage damit im Parlament zum Durchbruch verholfen;
- im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zur Agrarpolitik 2011 den Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft im Vergleich zur bundesrätlichen Vorlage um 150 Millionen Franken angehoben und damit die Verkäsungs- und Siloverzichtsulagen gerettet;
- durch die Zulassung von Parallelimporten von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln (Maschinen, Saatgut, Pflanzenschutzmittel, usw.) günstigere Produktionsbedingungen für die Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz geschaffen;
- die staatliche Reserve zur Finanzierung von allenfalls notwendigen Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft im Ständerat durchgebracht (eine unheilige Allianz der Ratslinken und -rechten blockiert derzeit die Bildung einer solchen Reserve im Nationalrat);
- den Bundesrat aufgefordert, im Bereich der Tiergesundheit zusätzliche Vorkehrungen zu treffen, primär eine aktivere und schnellere Tierseuchenprävention sicherzustellen (Motion Zemp, 08.3012, Prävention von Tierseuchen).

3. 10-Punkte-Programm

Die Schweiz ist auch in Zukunft auf eine produzierende und nachhaltige Landwirtschaft angewiesen. Aus diesem Grund hat die CVP im Sinne einer „Agrarpolitik 2020“ folgendes 10-Punkte-Programm für die Zukunft erarbeitet:

1. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft sind für das Leben und Zusammenleben in unserem Land von grösster Bedeutung. Aus diesem Grund muss der bestehende Zahlungsrahmen von jährlich rund 3.4 Milliarden Franken langfristig gesichert werden. Die aktuellen Sparvorschläge des Bundesrates im Bereich der Landwirtschaft lehnt die CVP entschieden ab.
2. Die bestehende landwirtschaftliche Nutzfläche in der Schweiz muss als Produktionsgrundlage gesichert werden. Die CVP lehnt einen weiteren Abbau der Nutzfläche durch Überbauung, Vergandung oder den Abtausch mit qualitativ schlechterem Kulturland ab. Im Raumplanungsrecht und in den kantonalen Zonenplanungen sind entsprechende Gesetzesbestimmungen zu verankern.
3. Die CVP fordert eine bessere bzw. grosszügigere Nutzung der bestehenden, oftmals ungenutzten Gebäude ausserhalb der Bauzone (z.B. für die Wohnnutzung, die private Kleintierhaltung oder den Agrotourismus).
4. Die Agrarpolitik muss auf den aktuellen Versorgungsgrad von mindestens 60 Prozent ausgerichtet werden. Deshalb unterstützt die CVP im Rahmen der Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems die Einführung von spezifischen Beiträgen für die Versorgungssicherheit. Daneben sind generell die Marktanteile im In- und Ausland zu steigern und die Mittel der Absatzförderung effizienter einzusetzen.
5. Die Wettbewerbsfähigkeit der Branche muss aus Sicht der CVP weiter gefördert werden, u.a. durch die konsequente Ausrichtung auf eine Qualitätsstrategie und eine engere Zusammenarbeit mit dem Tourismus, dem Gastgewerbe bzw. der Hotellerie sowie den Grossverteilern. Dazu gehört ebenso eine verstärkte Unterstützung der Herkunftsdeklarationen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene (z.B. griffige „Swissness“, AOC, Berg-Alp, Trips-Abkommen).
6. Die CVP fordert den Bundesrat auf, die Wirksamkeit, Effizienz und Relevanz der verschiedenen für die Landwirtschaft geltenden kostentreibenden Vorschriften (z.B. in den Bereichen Tier- und Umweltschutz, Natur- und Heimatschutz, Raumplanung) zu überprüfen. Dabei darf die Qualitätsstrategie für die Schweizer Agrarprodukte nicht gefährdet werden.
7. Die CVP verlangt, dass sich die Forschung und Entwicklung wieder vermehrt der Nahrungsmittel widmet. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der gesunden Nahrungsmittel, der Produktivität sowie der Biodiversität, d.h. der biologischen Vielfalt in unserem Land.
8. Die Volatilität der Preise für Landwirtschaftsprodukte macht Sorgen. Die CVP fordert den Bundesrat deshalb auf, geeignete Gegenmassnahmen zu prüfen, Spekulation zu unterbinden und sich für vernünftige Margen und Produzentenpreise einzusetzen.
9. Frische und vielfältige Nahrungsmittel stellen die Basis für ein gesundes Leben der Menschen in unserem Land dar. Die CVP fordert deshalb Pausenmilch und Pausenäpfel anstelle von teuren, oftmals wirkungslosen Präventionskampagnen.
10. Ein WTO-Abschluss oder ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU hätte gravierende Auswirkungen auf die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land. Sollte am 1. September 2010 kein WTO-Abschluss in Sicht sein, wird die CVP den Bundesrat auffordern, die laufenden Verhandlungen mit der EU zu sistieren. Ohne WTO-Abschluss besteht keine Notwendigkeit für ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU.